

staatliche Unabhängigkeit im unmittelbaren Anschluß an den gescheiterten Putsch. Loeber wies nach, daß etwa das sowjetisch-estländische Verwaltungsabkommen über die Stationierung sowjetischer Truppen in Estland im Anschluß an den Hitler-Stalin-Pakt vom 23. August 1939 bereits deutlich machte, daß die Sowjetunion Estland nicht mehr als gleichberechtigten Partner ansah. Die Truppen der Sowjetunion erhielten einen Sonderstatus, der die Souveränität der Baltischen Staaten in Verwaltungs-, Vermögens- und Strafrechtsfragen einschränkte. Es bleibt zweifelhaft, wie die Baltischen Staaten in die Lage versetzt werden können, die besonderen Rechte der Sowjettruppen einzugrenzen. Uibopuu führte im einzelnen aus, welche Schritte von den Baltischen Staaten seit 1989 in die Wege geleitet worden sind, um die internationalen Beziehungen wiederzubeleben, die über 50 Jahre faktisch geruht haben. Der Redner betonte die dringende Notwendigkeit der Aufnahme der Baltischen Staaten in den KSZE-Prozeß. Nach seiner Auffassung sei die Staatsgewalt der Baltischen Republiken dadurch bereits wirksam gewesen, daß es ihr in den Baltischen Staaten gelungen sei, im Bereich des Zivilrechts eine Rechtsordnung zu entwickeln, die von der bisherigen Ordnung in der Sowjetunion abweicht.

Die BHK hat in ihrer internen Sitzung den bisherigen Vorstand auf vier Jahre wiedergewählt, mit G. v. Pistohlkors als 1. und M. Garleff als 2. Vorsitzenden, W. Lenz als Kassenwart und N. Angermann, P. Kaegbein und H. v. z. Mühlen als Beisitzern. Vier neue ordentliche Mitglieder wurden gewählt: Dr. des. Sonja Neitmann, Berlin, Privatdozent Dr. Klaus Militzer, Köln, Prof. Dr. Reinhard Vogel-sang, Bielefeld, und Dozent Dr. Seppo Zetterberg, Helsinki. Erstmals wurden Korrespondierende Mitglieder aus Estland und Lettland zugewählt: Prof. Dr. Enn Tarvel und Jüri Kivimäe, Direktor des Revaler Stadtarchivs, aus Tallinn/Reval, die Professoren Dr. Helmut Piirimäe und Dr. Sulev Vahtre von der Universität Tartu/Dorpat sowie Prof. Dr. Jānis Stradiņš und Prof. Dr. Vasilij Dorošenko von der Akademie der Wissenschaften Lettlands in Riga.

Die Jahrestagung der BHK in Göttingen soll auch weiterhin der Kristallisationspunkt für vielfältige wissenschaftliche Bemühungen sein. Daneben ist aber für Juni 1993 auch an die Wiederaufnahme der „Marburger Symposien“ gedacht, von denen drei bereits 1979, 1981 und 1985 im J.G. Herder-Institut stattgefunden haben. In Zusammenarbeit mit der „Association for the Advancement of Baltic Studies“ (aabs), Reval, Dorpat und Riga, möglicherweise auch mit litauischen Partnern, soll ein 4. Symposium über „Probleme und Perspektiven baltischer Historiographie 1930-1960“ veranstaltet werden. Mit der Planung wurde bereits begonnen.

Göttingen

Gert von Pistohlkors

### **Der „deutsche Faktor“ in der Geschichte des Baltikums im 19. und 20. Jh.**

Eine Tagung in Riga vom 18.-19. September 1991

Angesichts der tiefgreifenden Veränderungen vor Ort schien es doppelt reizvoll, in der Lettländischen Universität Riga mit lettischen Historikern über Modernisierung und politische Kultur zu diskutieren. Drei deutsche und 12 lettische Historiker behandelten vor etwa 50 Teilnehmern zwei weit auseinander liegende thematische Schwerpunkte: „Der ‚deutsche Faktor‘ und die politische Kultur der baltischen Republiken 1918-1939“ sowie nach einem Wort Werner Conzes „Das Hineinragen ständischer Strukturen in eine sich modernisierende Welt“: das Baltikum im 19. Jahrhundert.

Das Grundsatzreferat zum Thema „Politische Kultur“ mit dem Schwerpunkt auf den dreißiger Jahren des 20. Jhs. hielt Prof. Dr. Erwin Oberländer (Universität Mainz). In Anknüpfung an amerikanische Untersuchungen sowie an Studien von K. Megerle

und P. Steinbach über die Weimarer Republik suchte er den methodischen Einstieg in die Frage, was unter politischer Kultur überhaupt zu verstehen sei. Bei seinen zahlreichen Verweisen auf Antistimmungen gegen Staat und Parteien – in Lettland, Deutschland, aber auch in der ČSR in den 1930er Jahren – warnte der Referent vor einer neuen Selbstverständnisdebatte. In erster Linie gehe es um „Außenansichten“, wie also z. B. Deutschbalten in den 1930er Jahren von Letten und Juden gesehen worden seien. Im autoritären Lettland hätten die Verhältnisse in Wirtschaft und Gesellschaft aus sich selbst heraus aggressive Stimmungen gegen Minderheiten hervorgebracht und maßgeblich dazu beigetragen, daß der demokratische Grundkonsens der Verfassungsstaaten nicht nur an der zunehmenden politischen Apathie der Eliten, am wachsenden „Sonderbewußtsein“ und an der Gleichsetzung von Toleranz und Schlappeit zugrundegegangen sei.

In einem Überblicksreferat über „Die Minderheitenpolitik in Lettland als Ausdruck der politischen Kultur in den 1920er/1930er Jahren“ räumte Inesis Feldmanis, Dozent an der Universität Riga, ein, daß es in Lettland bisher kaum Forschungen zu Problemen der politischen Kultur gegeben habe. Wohl habe man klare Urteile über die verhängnisvolle Wirkung der minderheitenfeindlichen Schul- und Bildungspolitik des Ministers Keniņš ebenso wie über das bedrohliche Wachstum der NS-Bewegung unter den Deutschbalten vor allem Rigas in den dreißiger Jahren. Doch schwanke die lettische Geschichtsschreibung zwischen Edgar Andersons letztlich positiver Wertung der Ulmanisschen Pressionspolitik gegenüber der deutschen Minderheit angesichts der zunehmend aggressiven reichsdeutschen Außenpolitik gegenüber Lettland und der Anerkennung der Ergebnisse in der informativen Darstellung von Jürgen v. Hehn in seinem Umsiedlungsbuch von 1982, daß die deutschbaltische Bevölkerung stark unter dem wachsenden lettischen Chauvinismus zu leiden gehabt habe. Guntis Stāmers (Universität Riga) analysierte die Wirtschafts- und Minderheitenpolitik gegenüber den Deutschbalten äußerst kritisch; ebenfalls in deutscher Sprache referierte auf der Grundlage genauer Zahlen Helēna Šimkuva über „Die deutschbaltischen Parteien im politischen Leben der Republik Lettland“. Dr. Joachim Lehmann (Universität Rostock) fragte nach der Kontinuität deutschbaltischen politischen Denkens über die kritische Jahresgrenze 1918 hinaus und untersuchte anhand neuer Quellen zum Baltischen Vertrauensrat in Berlin widersprüchliche Haltungen verschiedener sogenannter „Landespolitiker“. Die insgesamt recht zurückhaltende Diskussion offenbarte einmal mehr, daß hier neue Wege beschritten wurden, die auf längere Sicht jedoch weiterführen dürften.

Der „deutsche Faktor“ in der Geschichte der baltischen Region hat aber gewiß sein besonderes inneres Gewicht im 19. Jh. In zehn Referaten wurde das Spannungsverhältnis zwischen dem „besonderen“ ständischen Vorrecht und dem in der Zeit liegenden allgemeinen Zug zur Modernisierung in den Mittelpunkt gerückt. Im Kopfvortrag zu dieser Sektion betonte Dr. Gert von Pistohlkors (Universität Göttingen) am Beispiel der gescheiterten ständischen Justizreform von 1862-65, wie stark zu diesem Zeitpunkt immer noch die Tendenz gewesen ist, alte Vorrechte zu behaupten, weil eben auch im besonderen Recht ein Stück allgemeinen Rechts wirksam sei, das nach den Erfahrungen mit der russischen Zentralmacht unter Nikolaj I. leicht hätte verlorengehen können. Der Impuls zur regionalen gesellschaftlichen Erneuerung im Sinne einer Stärkung des allgemeinen Rechtsbewußtseins durch breitere Beteiligung auch der bäuerlichen Landbevölkerung an der Reformpolitik sei begrenzt gewesen. Bauern sollten besondere Rechte haben im Sinne einer Perpetuierung ständischen Denkens bei gleichzeitiger Modernisierung der Landwirtschaft. Das Bild vom „Hineinragen“ ständischer Strukturen in die sich modernisierende baltische Region wurde erweitert und ergänzt durch Vija Daukšte, Dekanin der geschichtswissenschaftlichen Fakultät der

Universität Riga, in ihrem Vortrag über „Die Schulpolitik des livländischen und kurländischen Adels im Verlauf des Modernisierungsprozesses“. Prof. Dr. Heinrihs Strods, Lehrstuhlleiter an der Universität Riga, sprach zum Thema „Deutschbaltische Gutsbesitzer in Auseinandersetzung mit reichsdeutschen Erfahrungen über Lohnarbeit in der Landwirtschaft in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts“, Gints Apals (Riga) erörterte „Die qualitativen Veränderungen im Leben der Letten zwischen den 1850er und 1870er Jahren“, wobei er westeuropäischen Liberalismus, Reformbestrebungen in Rußland nach 1861 und moderne Bildungsbestrebungen gleichermaßen aufeinander bezog. Aija Gudzuka (Riga) rückte das Selbstverständnis des Adels bei der Neuordnung der Sozialbeziehungen um die Jahrhundertmitte in den Mittelpunkt ihrer Ausführungen. Dozentin Skaidrīte Lasmāne (Riga) versuchte „J. G. Fichtes ‚Reden an die deutsche Nation‘ und deren Einfluß auf die Entstehung der nationalen Idee in Lettland“ herauszuarbeiten, wobei sie die Rezeption von Fichtes Programm durch Atis Kronvalds, einen maßgeblichen Führer der lettischen nationalen Bewegung, unterstrich. Im Kontext mit dem Generalthema der Tagung konnten die Ausführungen von Sarmīte Pijola (Lettländisches Historisches Zentralarchiv Riga) über „Konfrontation und Kooperation: das Verhältnis von Krišjānis Valdemārs zur deutschbaltischen Oberschicht“ besonderes Interesse beanspruchen. Mit dem Hinweis auf Valdemārs' Bereitschaft, mit liberalen Deutschbalten kontinuierlich zusammenzuarbeiten, wurde manches langlebige Klischee über „nationale Konfrontationen“ abgebaut. Vita Zelēce (Riga) verglich die beiden maßgeblichen Zeitungen der Letten in den 1860er Jahren, die „Pēterburgas Avīzes“ und die „Latviešu Avīzes“. In einer genauen Untersuchung der frühen Arbeiten von Reinhard Wittram wurde von Māris Skujiņš (Riga) der Liberalismusbegriff für die 1860er und 1870er Jahre bei diesem wichtigen deutschbaltischen Historiker herausgearbeitet. Schließlich wurde die Folge von Kurzvorträgen mit einem Beitrag über die livländischen Pastorenprozesse von Alexander Gavriļins beendet.

Der Facettenreichtum der Ausführungen war beeindruckend; die Verknüpfung mit dem Generalthema konnte allerdings auch in der Diskussion nicht immer deutlich genug herausgearbeitet werden. 1992 soll ein Teil der Vorträge in Riga von M. M. Duchanov auf deutsch herausgegeben werden. Es besteht die Hoffnung, daß die Arbeit an dem gewichtigen Thema fortgesetzt werden kann.

Göttingen

Gert von Pistohlkors

Im Jahr 1990 sind Prof. em. Dietrich A. Loeber, Universität Kiel, und Dr. Gert von Pistohlkors, Universität Göttingen, zu Auswärtigen Mitgliedern der Akademie der Wissenschaften Lettlands gewählt worden. Im Juli 1991 wurde Prof. Loeber von der Juristischen Fakultät der Lettländischen Universität zum Ehrendoktor promoviert.